

BULLETIN IV/2009

Editorial

Das Jahr 2009 war für die Verkehrswirtschaft in Europa zum grössten Teil "ein Jahr zum Vergessen". Im Gefolge des Einbruchs der Exporttätigkeit und der Industrieproduktion ging auch der Güterverkehr auf der Strasse, der Schiene, in der Binnenschifffahrt und im Luftverkehr kräftig zurück. Immerhin lassen die Zahlen aus dem vierten Quartal wieder eine leichte Aufwärtsbewegung erkennen, wenn auch auf tiefem Niveau.

Dank den Konjunkturfördermassnahmen sind für den Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur in Europa für einmal mehr Mittel geflossen, und der eine oder andere Fortschritt ist sowohl bei den TEN-Projekten als auch bei anderen wichtigen Vorhaben erzielt worden. Es bleibt aber noch viel zu tun, wenn die europäische Verkehrsinfrastruktur ihren Teil zu den Wachstumszielen beitragen soll.

Ich bedanke mich bei allen, welche sich in diesem Jahr im Vorstand oder in der Arbeitsgruppe für unsere gemeinsamen Zielsetzungen eingesetzt haben. Ihnen allen wünsche ich ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. Möge es von vielen grösseren und kleineren Erfolgen in der Verkehrspolitik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene geprägt sein!

Dr. Rainer Füeg
Generalsekretär

Aus dem Inhalt

	Seite
Sitzung der Arbeitsgruppe in Mulhouse	2
Generalversammlung am 5. März 2010 in Brüssel	3
Stuttgart 21 wird trotz Mehrkosten gebaut	3
Barroso schlägt Siim Kallas als neuen EU-Verkehrskommissar vor	3
Unterstützung für europäische Verkehrsprojekte	3
Kilometerabhängige Maut in den Niederlanden geplant	4
Terminkalender 2010	4

Dezember 2009

Herausgeber:

Union europäischer Industrie-
und Handelskammern

Generalsekretariat

Aeschenvorstadt 67

CH-4010 Basel

Tel.: 0041 61 270 60 10

Fax: 0041 61 270 60 05

Internet: <http://www.uecc.org>

E-mail: r.fueeg@uecc.org

Sitzung der Arbeitsgruppe in Mulhouse

Geschäftsführer:

Dr. Michael Grubmann,
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstrasse 63, A-1045 Wien
Tel./Fax: 0043 (0) 590 900 4020/0043 (0) 590 900 4030
e-mail: michael.grubmann@wko.at.

An ihrer Sitzung Ende Oktober 2009 in Mulhouse hat die Arbeitsgruppe Herrn Dr. Michael Grubmann, Wirtschaftskammer Österreich, als Nachfolger von Herrn Dr. Jürgen Reichardt zum neuen Geschäftsführer gewählt.

Folgende Stellungnahmen wurden an der Sitzung verabschiedet:

Saône-Rhein-Projekt soll vorangetrieben werden

In ihrer Resolution nimmt die UECC Bezug auf eine Studie, welche das Büro Eurotrans im Jahre 2009 veröffentlicht hat. Die Studie geht für 2025 (realistisches Datum für die Inbetriebnahme) von einem Verkehrsvolumen von zwischen 11 und 19 Millionen Tonnen auf dieser Wasserstrasse aus. Nach Abschluss des Projektes könnten 10 % des Güterverkehrs von der Strasse auf die Wasserstrasse verlagert werden (in den unmittelbar betroffenen Gebieten könnten es sogar bis zu 15 % des Güterverkehrsaufkommens sein). Dies entspräche einer Ersparnis von etwa 80 Millionen Litern Treibstoff und fast 250 Millionen Tonnen Treibgasen.

Die Eurotrans Studie hat auch die technische Machbarkeit der beiden Strecken (wobei eine über den Doubs und die andere über die Haute-Saône führt) aufgezeigt; weitere, vertiefende technische Studien sind jedoch noch erforderlich. Die UECC fordert die französische Regierung auf, diese zusätzlichen Untersuchungen so schnell möglich in Auftrag zu geben und das Projekt erneut der Europäischen Kommission vorzulegen, damit es bei der aktuellen Überarbeitung der aus dem Jahre 2004 stammenden Pläne für das europäische Verkehrsnetz berücksichtigt wird. Wichtige Schritte in der Entwicklung des europäischen Verkehrsnetzes werden für 2010 erwartet.

Eine Aufnahme in das europäische Verkehrsnetz würde interessante Möglichkeiten

zur Co-Finanzierung eröffnen: bis zu 50 % der Kosten für die Studien könnten von der EU übernommen werden.

Ausbau der Schienenverbindung Rhein-Main – westliches Mittelmeer

Die UECC fordert den Ausbau einer leistungsfähigen Eisenbahngüterverbindung im Rhein-Rhône Korridor, der seit jeher eine wichtige Drehscheibe in Europa zwischen dem Rhein-Main Gebiet und dem westlichen Teil des Mittelmeerbeckens bildet.

Diese für den Transport von Gütern bevorzugte Bahnstrecke ist Bestandteil des 2004 verabschiedeten vorrangigen TEN Projektes Nr. 24. Die Strecke weist gewisse Lücken auf, die in den bestmöglichen Fristen behoben werden sollen, um die Leistungsfähigkeit der Bahnverbindungen, besonders für den Güterverkehr, innerhalb dieser binneneuropäischen Achse zu gewährleisten. Dazu sind folgende Massnahmen nötig:

- in Deutschland: Kapazitätssteigerung der Abschnitte Frankfurt-Mannheim und Offenburg-Basel
 - zwischen Deutschland und Frankreich: Ausbau der Bahnstrecke Mulhouse-Müllheim
 - und, in Frankreich: Ausbau der Tunnels zwischen Belfort und Besançon auf Größe B1.
- Die UECC fordert die französische Regierung auf, das Projekt in ihr Konjunkturförderungsprogramm für den Schienengüterverkehr aufzunehmen. Dazu wäre eine Investition von ca. 60 Millionen Euro notwendig.

Ausserdem hat die Arbeitsgruppe in einem Brief an die Europäische Kommission und die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments zum Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (KOM(2008) 852 endgültig) Stellung genommen.

Alle Resolutionen und Stellungnahmen der UECC können auf der Website www.uecc.org abgerufen werden.

Generalversammlung am 5. März 2010 in Brüssel

Die nächste Generalversammlung der UECC findet am 5. März 2010 bei der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel statt. Die Einladungen werden Anfang nächsten Jahres verschickt.

Die Generalversammlung bietet wie immer eine gute Gelegenheit, mit Vorstand und Arbeitsgruppe in Kontakt zu treten und allfällige Wünsche betreffend der von der UECC entwickelten verkehrspolitischen Positionen anzubringen.

Stuttgart 21 wird trotz Mehrkosten gebaut

Die Deutsche Bahn und das deutsche Bundesland Baden-Württemberg haben endgültig grünes Licht für das Projekt "Stuttgart 21" gegeben, mit dem der Hauptbahnhof komplett unter die Erde verlegt werden soll. Die Kosten werden auf 4.1 Milliarden Euro geschätzt, rund eine Milliarde mehr als zuletzt geplant.

Insgesamt sollen der unterirdische Neubau des Stuttgarter Bahnhofs sowie eine 121 km lange Hochgeschwindigkeitsstrecke von Stutt-

gart nach Ulm rund sechs Milliarden Euro kosten. Zudem werden Eisenbahntunnel auf einer Gesamtstrecke von 63 km gebaut, davon allein 33 km in Stuttgart.

Bis voraussichtlich 2019 sollen damit die Lücken im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz zwischen Paris und Bratislava sowie Amsterdam und Osteuropa geschlossen werden. Die Bauarbeiten sollen im Februar 2010 beginnen.

Barroso schlägt Siim Kallas als neuen EU-Verkehrskommissar vor

Der Este Siim Kallas soll neuer Verkehrskommissar der Europäischen Kommission werden. Bisher war er für Verwaltung, internes Prüfwesen und Betrugsbekämpfung zuständig. Er löst den Italiener Antonio Tajani ab, welcher das Portfeuille Industrie und Unternehmen übernehmen soll. Beide Kommissare bleiben Vizepräsidenten der Kommission.

Alle vom Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, nominierten Kommissare werden Mitte Januar 2010 den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments in Anhörungen Rede und Antwort stehen.

Am 26. Januar 2010 wird das EP-Plenum über die gesamte Kommission mit 27 Mitgliedern abstimmen. Erst danach können die Kommissare von den EU-Staats- und Regierungschefs – dem Europäischen Rat – ernannt werden.

Unterstützung für europäische Verkehrsprojekte

Wie Ende Oktober beschlossen, wird die Europäische Kommission im Rahmen ihres Konjunkturprogramms zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise 500 Millionen Euro für die europäische Verkehrsinfrastruktur bereitstellen. Die Mittel sollen in TEN-Projekte in Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Ungarn, Italien, den Niederlanden, Portugal, Schweden und Grossbritannien investiert werden.

Weitere Informationen sowie die Liste der Projekte, welche von der Unterstützung profitieren sollen, finden Sie auf dem Internet unter http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/events/2009_10_21_naples_en.htm.

Kilometerabhängige Maut in den Niederlanden geplant

In einer Pressemitteilung vom 16. November 2009 hat das niederländische Verkehrsministerium seine Pläne für eine kilometerabhängige Maut ab 2012 vorgestellt. Die niederländische Kfz-Steuer und die Anschaffungssteuer werden abgeschafft und durch einen Betrag ersetzt, der für jeden im Land gefahrenen Kilometer, ob auf Autobahnen oder Quartierstrassen, berechnet wird. Der Ertrag soll direkt in einen Infrastrukturfonds fließen, der für den Ausbau von Strassen, Eisenbahnen und anderer Verkehrsinfrastruktur verwendet werden soll. Mit der neuen Regelung hofft die Regierung, Verkehrsaufkommen und Schadstoffausstoss merklich zu reduzieren.

Für jeden Kilometer wird ein Basistarif erhoben, der sich nach den verschiedenen Fahrzeugarten richtet: Personenwagen, private Kleintransporter, Firmenkleintransporter, Autobusse und Lastwagen. Bei den Personenwagen hängt der Basistarif vom CO₂-Ausstoss ab, bei den anderen Fahrzeugen ist das Gewicht massgebend. Ab 2012 soll der Basistarif für Personenwagen durchschnittlich 3.0 Cent pro gefahrenem Kilometer betragen. Die Gebühr wird bis 2018 schrittweise auf 6.7 Cent erhöht.

Für die Gebührenberechnung müssen allerdings alle niederländischen Autos mit speziellen GPS-Systemen ausgestattet werden, welche die gefahrenen Kilometer erfassen und die Informationen an eine staatliche Zentralkasse senden. Diese zieht das Geld von den Konten der Fahrzeughalter ein. Informationen über den Streckenverlauf sollen aus Datenschutzgründen nicht gespeichert werden. Für ausländische Fahrzeuge wird ein alternatives Bezahlungssystem eingeführt.

Nach Berechnungen der Regierung werden 59 % der niederländischen Autofahrer weniger bezahlen als beim alten Kfz-Steuersystem. Für 25 % würden die Kosten gleich bleiben, 16 % der Autofahrer müssten mehr fürs Autofahren ausgeben als vorher. Insgesamt, so hofft die Regierung, werde die Zahl der von niederländischen Autos zurückgelegten Strassenkilometer um 15 % zurückgehen, da mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad umsteigen würden.

Die Pläne des niederländischen Verkehrsministeriums sind umstritten – insbesondere bestehen Bedenken wegen des knappen Zeitplans für die Einführung und des Datenschutzes.

Terminkalender 2010

Vorstand

5. März 2010

Brüssel (B)

1. Oktober 2010

offen

Arbeitsgruppe

4. März 2010

Brüssel (B)

Generalversammlung

5. März 2010

Brüssel (B)